

Frei, es sich zu verscherzen

Von Günther Fritz, Chefredaktor Liechtensteiner Vaterland

Zum 125-jährigen Bestehen des «Liechtensteiner Volksblatts» gratuliere ich der Redaktion und dem Verlag recht herzlich. Das Thema «Medienfreiheit in Liechtenstein» ist wohl als Wink zu verstehen, sich über das Ausmass der Freiheit einer Parteizeitung Gedanken zu machen.

Zweifellos haben sich das «Liechtensteiner Volksblatt» und das «Liechtensteiner Vaterland» in den letzten zehn Jahren verändert. Dies nicht nur mehrfach im Erscheinungsbild. Auch inhaltlich mussten die Landeszeitungen lernen, sich den Bedürfnissen der sogenannten Mediengesellschaft anzupassen. Einer Mediengesellschaft, deren Bindung zu den politischen Parteien auch in Liechtenstein deutlich abgenommen hat.

Mit dem Ziel, eine möglichst hohe Glaubwürdigkeit zu erreichen, beschreitet das «Liechtensteiner Vaterland» seit 1992 konsequent den Weg der politischen Öffnung in Richtung Forumszeitung. Um die journalistische Qualität kontinuierlich zu verbessern, setzt das «Vaterland» auf eine solide Ausbildung seiner Journalistinnen und Journalisten am Medienausbildungszentrum (MAZ) in Luzern.

Parteipolitische Verquickungen

Parteipolitische Verquickungen treten in den Medien der Nachbarländer nicht so auffällig zu Tage. Frei ist aber auch dort keine Redaktion. Auch dort gilt es, Verlags- und Leserinteressen unter



einen Hut zu bringen. Allerorten hängt die Blattlinie von einer bestimmten Grundhaltung der Verlagsseigner ab. Die Pressefreiheit und Meinungsäusserungsfreiheit sind in Liechtenstein verfassungsmässig gewährleistet. Von daher gibt es keine Einschränkungen, solange die Inhalte der Wahrheit und den journalistisch-ethischen Richtlinien entsprechen.

Frei, es sich zu verscherzen

In einem Raum, in dem es ökonomisch gesehen nur Platz für eine Tageszeitung gäbe, sind die Redaktionen der beiden Landeszeitungen in einem Punkt unbestritten wirklich frei: Sie sind tagtäglich völlig frei, es sich mit bestimmten Segmenten des Lesepublikums, mit Inseratekunden

und nicht zuletzt mit den politischen Parteien und bestimmten Interessensgruppen zu verscherzen.

Wenn ein Journalist davon überzeugt ist, dass er objektiv und ausgewogen über einen Sachverhalt berichtet hat, kann seine Botschaft ganz anders ankommen. Gerade die Verfassungsdiskussion und Themen im Zusammenhang mit dem Erzbistum verdeutlichen die unterschiedlichen Erwartungshaltungen eines polarisierten und sehr sensiblen Lesepublikums.

Kontrollfunktion im Staat

Die Freiheit, die Kontrollfunktion im Staat auszuüben, ist auf Seiten der Oppositionszeitung

natürlich viel grösser. Sorgfältiger Recherchier- und kritischer Meinungsjournalismus liegen auch im Interesse der Oppositionspartei. Verscherzen kann es sich die Oppositionszeitung hierbei allerdings mit der Regierungspartei, welche über die Verteilung der Medienförderungsgelder wacht. Wer solche Gelder will, sollte laut Gesetz nämlich objektiv und sachlich berichten. Darüber, was objektive und sachliche Berichterstattung ist, dürfte eine im Schussfeld der Kritik stehende Alleinregierung wiederum andere Vorstellungen haben als die Opposition. Und deshalb wird sich das politische System Liechtensteins auch in den kommenden Jahren zwei Tageszeitungen leisten.